

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2014  
im Rat der Stadt Herten – 27. November 2013**

*Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende*

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Vor einem Jahr haben Sie beschlossen, freiwillig am sog. Stärkungspakt Stadtfinanzen teilzunehmen. Und merken Sie schon etwas von der Stärkung unserer Kommune? Wie sich alles verbessert? – Gar nichts hat sich verbessert! Ganz im Gegenteil! Bürgermeister und Kämmerer hoffen erst einmal, dass ihnen der mühsam zusammengestrichene Haushaltssanierungsplan nicht noch vor der Kommunalwahl im Frühjahr 2014 um die Ohren fliegt.

Glücklicherweise begreifen langsam aber immer mehr Menschen, dass diese finanziellen Wohltaten des Landes ein vergiftetes Geschenk sind und sie niemals ausreichen werden, um den Kommunen tatsächlich zu helfen. Ende 2012 ist das für alle Unvorstellbare trotz des Stärkungspaktes beinahe Realität geworden: Herten fand nur noch eine einzige Bank, die bereit war, einen weiteren Kredit zu geben und aktuell befürchtet sogar die Sparkasse Vest eine drohende Zahlungsunfähigkeit der kreisangehörigen Städte. Das eigentliche Ziel des Stärkungspaktes wurde damit nicht erreicht. Banken haben keineswegs mehr Vertrauen in die Kreditwürdigkeit der klammen Städte. Sollte es allerdings tatsächlich zur Verweigerung von weiteren Kassenkrediten kommen, wäre dies verfassungswidrig. Denn die Insolvenz von öffentlichen Gebietskörperschaften ist gesetzlich ausgeschlossen, weil Bund, Länder und Kommunen eine gesamtstaatliche Haftungsgemeinschaft darstellen.

Die Kreditklemmen zeigen allerdings auch deutlich die Unwilligkeit von Land und Bund bei der grundsätzlichen finanziellen Ausstattung der Kommunen. Sie lassen es zu, dass Banken mit ihrer Zins- und Kreditpolitik das politische Geschehen bestimmen.

Kommunen können sich aus diesem Finanzierungs-Dilemma nur befreien, wenn ihnen finanzielle Zuweisungen gewährleistet werden, die sie unabhängig von Kreditunternehmen machen.

Nur was passiert stattdessen? Die selbst mit öffentlichen Geldern geretteten Banken sind zwar immer weniger bereit, weitere Kassenkredite zu geben, bieten aber schon alternative Finanzierungsinstrumente wie das Schuldscheindarlehen an.

Ist das die Lösung des Problems? Sicherlich nicht, denn Investoren werden sich Risiken durch einen Zinsaufschlag abgelden lassen. Und damit wird es für die Kommune noch teurer.

Was ist die Folge der permanenten Unterfinanzierung? Notwendige Investitionen in die Infrastruktur bleiben seit Jahren aus und der Investitionsstau wird immer größer. Es fehlt Geld für den Erhalt von Straßen und öffentlichen Gebäuden, die Pflege der Grünflächen und im Bildungsbereich. So verzögern Sie beispielsweise, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, mit einem eigenen Antrag den dringend benötigten Ganztagsausbau und fordern stattdessen die Flexibilisierung der Betreuungszeiten im Grundschul- und Kitabereich mit der Begründung, dies sei nicht so kostenträchtig! Davon haben die vielen arbeitslosen alleinerziehenden Mütter und Väter in dieser Stadt aber nichts. Denn sie brauchen keine Flexibilisierung, sondern erst einmal überhaupt einen Betreuungsplatz.

Wir sind Lichtjahre entfernt von einem inklusiven, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuungsangebot für ALLE Kinder von Anfang an. Das, was Sie hier im Rat beantragen und beschließen, ist komplett das Gegenteil von dem, was Sie in Ihren Sonntagsreden verkünden.

Das gilt auch für den Ausbau der U3-Betreuung. Über quantitative Erfordernisse ist die Qualität in den Hintergrund gerückt. Die Folgen sind zu große Gruppen, beengte Räumlichkeiten, schlecht bezahlte und überlastete Erzieherinnen und Erzieher.

Und über die kostengünstigere Tagespflege haben Sie versucht, den Ausbau von Kitaplätzen möglichst gering zu halten. Sie ist aber für die Eltern weniger verlässlich und das Auslastungsrisiko wird vollständig auf die Tagespflegeperson verlagert.

Deshalb lehnt DIE LINKE den Ausbau der Kindertagespflege als Billiglösung für den U3-Bereich ab und fordert, dass Betreuungsplätze vorrangig in Kitas zu schaffen sind.

Konsolidierungsversuche erfolgten insbesondere auch im außerschulischen Bildungsbereich: Obwohl immer mehr Kinder von Armut betroffen oder gefährdet sind, werden gerade Einrichtungen wie das Gustav-Hackenberg-Haus, das Bürgerhaus Süd, das Jugendzentrum „Süd-Kap“ aufgegeben und die Gebühren für die Musikschule erhöht. Das ist wirklich „Sparen am falschen Ort“, weil Sie damit nicht allen Kindern und Jugendlichen einen gleichberechtigten Zugang zu Angeboten im Kultur- und Freizeitbereich ermöglichen. Ihre Stadtteilpolitik gerade in Herten-Süd und auch in Scherlebeck berücksichtigt immer weniger die Bedürfnisse und Teilhaberechte von armen Kindern und Jugendlichen und entscheidet an ihnen vorbei.

Und seit Jahren fordern alle anderen Fraktionen angeblich alternativlos, dass die Verwaltung verschlankt und öffentliche Aufgaben privatisiert werden müssen, damit es zu einer Effizienzsteigerung und finanziellen Sanierung kommen könne! Damit unterliegt der gesamte öffentliche Aufgabenbereich seit Jahrzehnten nahezu ausschließlich betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Die Umstellung auf den NKF-Haushalt macht dies schon allein durch seine Begrifflichkeiten deutlich: Input- und Outputorientierung, Ergebnisplan, Finanzplan, Produkt und Bilanz.

In der Konsequenz wurden damit auch Ihre eigenen politischen Entscheidungen eingeschränkt. Da zunehmend lediglich Zahlenreihen und immer weniger Informationen zu Einzelmaßnahmen vorgelegt werden, begnügen Sie sich ebenfalls damit, nur noch betriebswirtschaftliche Maßstäbe in Ihrer Bewertung der Dinge anzulegen.

Das hat zu der absurden Logik geführt, dass Betriebskosten für Schulen als zu hoch erachtet werden, die Gebäude abgerissen und Kinder lieber in Container gesteckt werden; dass Nutzer eines Spielplatzes nur noch als Verursacher von Kosten betrachtet werden und die beste Kostenreduktion in der Aufgabe der Fläche zu bestehen scheint; dass ein Industriedenkmal auf der Zeche Langenbochum nicht zum Weltkulturerbe, sondern bodengleich gemacht wird; dass das Jobcenter als PPP-Modell die Mieteinnahmen des geplanten Konsumtempels sichern soll; und dass die Verwaltung durch den massiven Stellenabbau von der angestrebten Effizienzsteigerung in die Ineffizienz einer unzureichenden Zielerfüllung durch die permanente Leistungsverdichtung getrieben wird.

Zudem trugen Sie mit dazu bei, dass der kommunale Aufgabenbereich mehr und mehr in öffentlich-private oder private Unternehmen verlagert wurde. Da diese sich als kunden- und marktorientierte Dienstleister verstehen und sich den geltenden Wettbewerbsbedingungen stellen müssen, steht aber auch hier nicht mehr die kommunale Daseinsvorsorge im Vordergrund, sondern Wirtschaftlichkeitskriterien. Im Laufe der Zeit hat sich so eine völlig intransparente Konzernstruktur herausgebildet. Denn unsere Kommune ist als „Konzern Herten“ nicht nur über unmittelbare Beteiligungen, sondern auch mittelbar über die Töchterunternehmen an anderen Unternehmen beteiligt: HEH, HBG und ehw, TGH, TGE und TWB - kein neuer Rap von Fanta4, sondern kommunalpolitische Geisterfahrten hier vor Ort.

Da darf man sich nicht wundern, wenn die Stadtwerke „Vattenfall“ spielen wollen und in hochriskante Off-Shore-Projekte einsteigen. Allen Warnungen zum Trotz beteiligte man sich am Windpark Borkum-West und redete bei kritischen Fragen unserer Fraktion die finanziellen und technischen Risiken klein. Millionen öffentlicher Gelder werden seitdem in der Nordsee versenkt, die die Bürgerinnen und Bürger über die Strompreise erst einmal aufbringen müssen! Und weitere im wahrsten Sinne des Wortes abenteuerliche Beteiligungen der Stadtwerke machen deutlich, hier ist ein Machtzentrum entstanden, das durch den Rat kaum noch zu beeinflussen ist. Ein weiterer Beleg dafür sind die dort angesiedelten städtischen Projektentwicklungen und Grundstücksgeschäfte, die im Rat nur noch planungsrechtlich abgenickt, jedoch nicht grundsätzlich beraten werden.

Der Rat verliert hier nicht nur seine Kontrollrechte, sondern mehr und mehr auch seine Budgethoheit. Denn der Haushalt ist nur noch ein Fragment und bildet keineswegs mehr den gesamten kommunalen Bereich ab. Große Teile der personellen und wirtschaftlichen Aktivitäten sind hier nicht mehr dargestellt. Damit wird es aber auch immer schwieriger, sich als Ratsmitglied

einen transparenten und vollständigen Überblick über die Kalkulation von Gebührenerhebungen und Steuern, Subventionen und Fördergelder sowie über die tatsächliche Höhe der Verschuldung zu verschaffen. Die Haushaltsdebatte verliert so zunehmend an Bedeutung und Ratsmitglieder werden abgewertet zu Erfüllungsgehilfen der Verwaltung.

Und das einzige, was man von Ihnen, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit hört, ist, „Ja, da können wir auch nichts machen“. Ja, da fragt man sich doch, warum sitzen wir denn eigentlich noch hier, wenn wir nichts machen können? Sie haben offensichtlich immer noch nicht verstanden, ... Denn wie reagieren Sie als Politik auf den Demokratieabbau? Der Rat wurde verkleinert, die Ausschussstruktur soll „optimiert“ und die Sitzungsfolgen auf ein Minimum reduziert werden.

Sie blockieren sich mit Ihrer Sparpolitik doch selbst und nehmen nicht zur Kenntnis, dass sich trotz der erheblichen Kürzungen, Streichungen und Auslagerungen die Lebensqualität in unserer Stadt und die politischen Steuerungsmöglichkeiten im Rat nicht verbessert, sondern noch erheblich verschlechtert haben. Alle Erwartungen, die hohe Verschuldung damit abzubauen, haben sich nicht erfüllt. Der Schuldenberg steigt und steigt weiter an. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung gehört unsere Stadt mittlerweile zu den Kommunen mit der höchsten Belastung. Und es gibt keine seriösen Studien, die jemals belegt hätten, dass öffentliche Aufgaben durch private Unternehmen und Betriebe wirtschaftlich besser erfüllt werden.

Wir stehen heute vor einem riesigen Scherbenhaufen. Denn Ihre Entscheidungen haben hier vor Ort mit dazu beigetragen, die politischen Einflussmöglichkeiten zu verringern und die kommunale Daseinsvorsorge zu minimieren – mit Auswirkungen, die noch nicht absehbar sind.

Dabei sollten Sie aber nicht vergessen: Kommunen sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus. Deshalb ist die kommunale Frage auch immer eine Demokratie-Frage. Entscheidungen, die wir als Rat treffen, werden von den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt sofort gespürt. Lokale Demokratie und kommunale Daseinsvorsorge hängen untrennbar zusammen. Ist die Daseinsvorsorge nicht mehr ausreichend vorhanden, nimmt die lokale Demokratie Schaden. Und wird der Rat als repräsentative Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschwächt, ist Daseinsvorsorge nur noch in den Händen einiger Interessengruppen.

Nur reiche Bürger können sich eine arme Stadt leisten,  
Deshalb lehnen wir den vorliegenden Haushalt für das Jahr 2014 ab.